

Antrag

der Fraktion der CDU

Bezahlung der Berliner Verwaltungsmitarbeiter auf Bundesniveau anheben!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich ein Realisierungs- und Finanzierungskonzept vorzulegen, wie die Besoldung der Berliner Landesbeamten schrittweise, spätestens abschließend bis Mitte 2022, an das Besoldungsniveau des Bundes angepasst werden kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 1. Dezember 2018 zu berichten.

Begründung:

Der Senat muss endlich seiner Verantwortung gerecht werden, seine Beamten fair und wettbewerbsfähig und damit auf Bundesniveau zu bezahlen. Diesbezügliche Forderungen der CDU-Fraktion in den Haushaltsberatungen hat die Koalition im Parlament abgelehnt; aktuell lehnt Finanzsenator Kollatz für den Senat medienöffentlich Überlegungen auch aus Koalitionsfraktionen kategorisch ab. Es ist aber höchste Zeit, das Berliner Besoldungsniveau auf das des Bundes anzupassen. Durch Beschluss des Abgeordnetenhauses wird der Senat verpflichtet, nicht länger abzuwarten und auszubremsen.

Eine effiziente Verwaltung ist nur mit ausreichenden und gut ausgebildeten Mitarbeitern zu gewährleisten. Ob Ingenieure im Bau oder Personal in den Ämtern und Behörden – immer häufiger kommt es im Land Berlin zu Schwierigkeiten bei Stellenbesetzungen. Als Folge werden Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge teils nur mit Verzögerung umgesetzt. Der Personalmangel darf die Arbeit der Berliner Verwaltung nicht länger beeinträchtigen.

Berlin konkurriert insbesondere mit der Bundesverwaltung bei der Nachwuchsgewinnung um die besten Köpfe. Wenn Berlin in diesem Wettstreit bestehen will, muss das Land vergleichbare Bedingungen bieten. Nur mit wettbewerbsfähigen Gehältern kann der Personalmangel in der Berliner Verwaltung erfolgreich angegangen werden.

Doch selbst unter optimalen Bedingungen wird es für die Berliner Verwaltung schwierig, die für die Verwaltung der wachsenden Stadt benötigte Anzahl an Mitarbeitern zu gewinnen. Denn der demografische Wandel verschärft den Personalbedarf des Landes Berlins schon jetzt. Das Durchschnittsalter der Beschäftigten des Landes Berlin liegt laut dem Jahresbericht des Personalbestands 2017 bei 48,4 Jahren. Über die Hälfte (53,2 Prozent) aller Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst Berlins ist über 50 Jahre alt.

Durch eine Besoldung der Berliner Beamten auf Bundesniveau gewinnt der öffentliche Dienst an Attraktivität. Mit einer Besoldung auf Augenhöhe mit dem Bund kann Berlin qualifiziertes Personal gewinnen, seine eigenen Mitarbeiter an sich binden und die Leistung seiner Beamten aufrechterhalten. Die unmittelbare Nachbarschaft zu Bundesministerien und Behörden des Bundes schafft für das Land Berlin im Wettstreit um Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung größere Konkurrenz als es in anderen Bundesländern der Fall ist. Vor diesem Hintergrund sind die durch die Anhebung der Besoldung entstehenden Mehrkosten notwendig und gerechtfertigt.

Berlin, 9. Oktober 2018

Dregger Melzer Goiny Trapp
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU